

National-Zeitung.

Belegungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; Berlin d. Exp. Französischer Str. 61. Inserate: die Preussische Ztg.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: zur polnischen Angelegenheit. Frankfurt a. M.: Wahlergebnis. Danzig: zum Turneprozeß. Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: der Fall von Delhi. Rom: über Linaria; Tagesbericht. Frankreich. Paris: das spanische Ministerium; die finanzielle Krise; Tagesbericht. Großbritannien. London: die Linie über die Donauuferfrage; Briefwechsel; Briefwechsel. Italien. Lucca: Bemerkung der Bakfloggen von der Kammer. Rom: der Paph in Civita vecchia. Neapel: Vorhändlung; General-Couron. Türkei. Serdar: zum Komplot; aus Jassy. Schweden und Norwegen. Stockholm: aus dem Reichstage; diplomatische Erneuerung; Christiana: die Regierung und das Störing; Cholera. Dänemark. Kopenhagen: der König; die Königsche Interpellation; englischer Bericht über die Zustände der Herzogthümer. Wien: Nachrichten aus Indien. Amerika. New York: neuer Post. Berliner Nachrichten. Privat- und Zeitungs.

wollte, konnte ungehindert seinen bisherigen Aufenthaltsort verlassen und in ein anderes Kloster (versteht sich jenes Dreves) treten, das vorläufig von der Reform unberührt bleiben wird. Mindestens war dies bei den Karmelitern der Fall. Säkularisation eines Ordensmitgliedes, wie dies bei den Dominikanern in Wien geschah, kam hier nicht vor. Zunächst wird das Reformwort an dem Orden der Benediktiner seine Fortsetzung finden. An der Spitze der Reformkommission für die hiesigen Benediktinerklöster Krausmüller und Lombard steht, dem Berechneten nach, Herr Etzinger, Bischof von Lavant, der bereits im Salzburgerischen die Reform der Benediktiner leitete; für die Benediktinerklöster der St. Pölten Diözese, Mühl, Hiltens, Altenberg und Seitenstetten, Hr. Köbiger, Bischof von Linz, der so eben seine hierzuland beglückliche Reise antritt. — Die Vorarbeiten über das Privatstudium der Rechte und Staatswissenschaften im lombardisch-venetianischen Königreich sind bereits erschienen, und bilden einen Theil der „Lehrplans“-Bestimmungen für die Universitäten Padua und Pavia. — Dieses Privatstudium im Sinne des Reglements vom Jahr 1835 ist für die beiden ersten Jahrgänge ganz aufgehoben. Unter welchen Bedingungen derjenigen Studirenden, welche in diesen beiden Jahrgängen die Kollegien sehr fleißig besucht haben, gestattet sein wird, die rechtswissenschaftliche Prüfung zu bestehen und vierter Jahrgang durch Privatstudium zu absolviren, und die weiteren Jahrgänge nachweis ihrer Befähigung für den Staatdienst ohne vorausgegangen Besuch der Universität abzulegen, bleibt eine nachträgliche Bestimmung vorbehalten. — Die beiden aus Rom hieher berufenen Professoren der Dogmatik, die P. Gombi und Schrader halten ihre Vorlesungen an der Universität; der erstere liest über den Traktat des heil. Thomas von Aquin, „von Gott“, der letztere über die natürliche, außerordentliche und unnatürliche Ordnung und über das Verhältnis zwischen Verstand und Glauben.

Frankreich.

Paris, 26. Oktober. Eine heute Morgen an dem auswärtigen Ministerium eingetroffene Depesche meldet die Konstitution des spanischen Ministeriums. Der Präsident, Abmal Amoro, ist keine Persönlichkeit von großer politischer Bedeutung, hat sich aber hies den konstitutiven Einrichtungen ergeben. Die Herren Herr Maciaz, de la Rosa, Minister des Auswärtigen, Mon, Minister der Finanzen, und Derrambey de Castro, Minister des Innern, geben dem neuen Kabinett die politische Farbe und Bedeutung; sie gehören zu den hervorstechendsten Größen der „moderirten“ Partei. Die Pläne der Reformisten, welche schon gehofft hatten, die Erstgattung des Kabinetts Honorar anzutreten, sind nun vorläufig verfehlt, jedoch ist man hier der Ansicht, daß das neue Ministerium schwerlich von langer Dauer sein, und bald den Progressisten oder Moderirten Platz machen werde. In der That wird es dem Kabinett Amoro unangenehm sein, mit dem Gerede in ihrer jetzigen durchaus reaktionären Zusammenfassung zu regieren. Eine Erklärung der Kammer u. Newhouses sind daher unabweislich. Es steht nun aber mit Sicherheit zu erwarten, daß, wenn die Wahlen in gesetzlicher Weise und ohne zu starke Einwirkung der Gewalt vor sich gehen, die Progressisten die Majorität erhalten werden. In diesem Falle müßte das Ministerium weichen, und es würden die Progressisten an die Regierung gelangen, wenn nicht dann die Camarilla einen Staatsstreich wagt und Betran de Pys und Rejala der Königin anträgt. Der König und der Reichsverwalter der Königin streben fortwährend nach diesem Ziele. Der Anstalt der Königin, Romanandant Rolto, unterstützt dagegen die Liberalen, da er beabsichtigt, daß ein absolutistischer Staatsstreich der Königin den Thron kosten könne. — Die halbseitigen Blätter haben heute den Auftrag erhalten, das Gerücht von der Einführung des Zwangscourtes der Bank-Billetts zu dementiren. Die „Patrie“ thut dies bereits heute Abend. — Herr v. Bourquaney wird morgen in Paris erwartet. Die Frage der Donauuferstämme ist in einer so kritischen Lage, daß die französische Diplomatie, daß man für nöthig befunden hat, den französischen Gesandten in Wien zur persönlichen Befragung nach Paris zu berufen.

Paris, 26. Oktober. Die finanziellen Reueigkeiten drängen heute die politischen ein wenig in den Hintergrund. Zunächst die Diebstahl von Amerika, welche hier großen Eindruck hervorgerufen hat. Man fürchtet, daß nach dem Vorgange der amerikanischen Wahlen nunmehr auch die dortigen Staatsbehörden-Geschäften zum großen Theil sich insolvent erklären werden. Was den hiesigen Zwangscourtes anbelangt, so hat bereits alles Heil von der Maßregel des Zwangscourtes der Banknoten erwartet. Die Regierung ist mit Petitionen in diesem Sinne von Handelskammern und Börsenspekulanten förmlich bedrängt worden; die Bank selbst hat die Maßregel bestritten und der Gouverneur, Herr v. Gerning, hat eigens zu diesem Zwecke eine Audienz beim Kaiser nachgesucht und erhalten. Der Kaiser hat es aber entschieden abgelehnt, auf einen solchen Vorschlag irgend einzugehen. Das Gerücht gegen die Amerikaner ist nun einmal tief eingewurzelt im Volke, und Alles würde, wenn man den Banknoten Zwangscourtes gäbe, sofort ruhen: Nous volla revenues aux assignats! Die Regierung fürchtet demnach, und mit allem Rechte, die Unpopulärkeit und hätte sich weislich, sich dem auszusagen. — Man hat heute endlich die Liste des neuen spanischen Ministeriums erhalten. Wenigstens hat einige gewichtige Namen darauf befinden, so wird demnach stark bezeugt, daß das neue Kabinett von langer Dauer sein werde. Es sollen von mehreren vornehmen spanischen Familien für den Winter hier in Paris Wohnungen bestellt sein, ein Zeichen, daß man in Madrid dem Frieden, trotz der leidlich konföderirten Fährde des Ministeriums, nicht traut. — Ich bemerke heute rüchlichlich der Donauuferstammfrage, daß man hier in antikonstitutionellen Kreisen jetzt einige Hoffnungen auf Preußen setzt.

Paris, 26. Oktober. Das „Pays“ schiltet heute den ganzen, bisher verhaltenen Grimm gegen die Partei aus. Die Partei habe nicht verdient, von Frankreich getrennt zu werden. Frankreich kann sich mit Russland trösten, das bekanntlich hies ähnliche Erfahrungen gemacht hat. — Es sind wieder neue Petitionen von verschiedenen Handelskammern (Ganze u. s. w.) eingelaufen, welche die Herabsetzung des Diskontos und die Einführung des Zwangscourtes verlangen. Der „Constitutionnel“ verachtet jedoch, weder die Regierung, noch die Bank habe je an ein derartiges Vorhaben gedacht. Das „Pays“ nennt diese abgelehnt, da der Bank-Sorcery Anfangs Oktober 225 Millionen betragen habe, also 60 Millionen mehr als letztes Jahr zur nämlichen Zeit. — Herr v. Lespès ist nach Konstantinopel abgereist. Das „Pays“ begleitet ihn mit Wünschen für das Gelingen seines Unternehmens und

heißt, daß er in Folge des Ministerwechsels in der ottomanischen Hauptstadt nicht neue Hindernisse haben sondern der Firman für den Euzealan in nächster Zeit ergehen wird. — Der Herzog von Grammont hat gestern in Compigne seine Abschiedsaudienz gehabt und ist heute nach Rom abgereist; er wird sich in Mailand auf dem „Duchessa“ einschiffen. — Der Herzog von Anjou, spanischer Gesandter in Rußland, ist heute in Paris eingetroffen. Der Marschall Kardax wird täglich hier erwartet.

Die Geste, welche sich in voriger Woche auf Befehl der Compagnie befanden, nahmen gestern der Abtheilung. Der Minister des Innern Herr Villout ist heute nach Compigne abgereist, wo er bis 2. November bleiben wird. — Nach einem Befehl des Kriegs-Ministers werden sofort alle Militär, deren Dienstzeit Ende 1857 zu Ende ist und die sich noch unter dem Krone befinden, entlassen. In Rheims kommen täglich große Rufen an die mit den Ergebnissen der in sogenannten Antik-Lager von den Genie-Soldaten gemachten Nachgrabungen gefüllt sind. Man hat jetzt dort eine reiche Anzahl von antiken Vasen, Vasen aller Art, Hirschen, Bierkränzen, römischen und gallischen Drachmücken, die zum Theil noch sehr gut erhalten sind, gefunden. — Der Architekt Dittler hat vom Kaiser den Auftrag erhalten, der Kirche St.-Germain-Magere gegenüber eine großartige von im gotischen Style auszuführen. Der Bau, als Pendant der Kirche soll zur Majorität des vierten Decretes beantragt werden und mit einem mächtigen Turmbohm versehen sein, welcher als Glockenturm der Kirche selbst dienen wird. Nach der Zeit noch und es ist neuerdings ein Fortschritt nach Cannes berufen worden, um seinen Rath zu ertheilen. — Heute war zum ersten Male Markt in den beiden Pavillons der Central-Hallen, welche für Obst, Gemüse, Geflügel und Wildpret bestimmt sind. Die meistenstände waren mit Blumen geschmückt und die „Damen“ in Gala, jedoch ohne Kränze, weil dann die Abtheilungen zu enge sind. — Die Weltausstellung in der Champagne ist eine vorzügliche. Die Weltausstellung hat in ihren Besuchen allein für 160,000 Fr. Taxen bezahlt und dazu noch für 440,000 Fr. auszugeben, zusammen für 600,000 Fr. Das Elanet besitzt 100 Bekauern Weinberge, deren jede auf 30—40,000 Fr. geschätzt wird. Der größte Theil des unter dieser Firma fabricirten Champagnes geht nach Rußland.

Großbritannien.

London, 26. Oktober. Die „Times“ beschließt sich heute nach längerem Schweigen mit der Donauuferstammfrage. Die Donau ist in Jagd und in Gefahr — sagt sie — haben beide mit sehr großer Majorität für die Union der Fürstenthümer getimmt. Dieses Ergebnis macht keinen Augenblick unzufrieden gewesen. Es ist gar nicht unnatürlich, daß die während der letzten Wahlen in den beiden Hauptstädten thätigen Einflüsse und die Bewegung, die von einer so raschen Freiheit der Aktion entsprang, eine so weit gehende Fortsetzung, wie ein räumliches Königreich mit einem europäischen Preisen an dem Thron, zum Resultat gehabt haben. Und doch müssen wir es schmerzen, daß man die Wahlen-Baldschiffen Abgeordneten aufzumerken hat, so weit zu gehen. Nützliche und praktische Reformen wird die „Times“ leicht möglich vernachlässigen, während sie diesem Wahnwitz und Schellenbild nachgibt; denn daß der Union nicht auszuführen ist, das hat man längst als gewiß erkannt. Dem Segel der orientalischen Wirren an hat die Partei ihren Entschluß ausgesprochen, die Bande zwischen ihr und jenen fernabliegenden Provinzen nicht zu lockern. Sie hat unter verschiedenen Ministerien und erst endlich wieder durch ein Hauptgeschäft diese Entschluß wiederholt; und die Folge muß daher als erdicht angesehen werden, es müßten denn die anderen Mächte die Fichte zu einem Stameswechsel herbeiführen wollen; den Sultan zu zwingen, davon kann ja nicht die Rede sein. Die anderen Mächte haben demnach zu erwidern, ob sie den Sultan in seinem Entschluß unterstützen oder zu einer Einmündigung zu demogen jucken wollen. Hier haben die Frage durch alle ihre Phasen verfolgt, und so sehr wir für die Wohlthat der melon-waldschiffen Bolles alle möglichen guten Wünsche hegen, müssen wir bei unserer bisherigen Meinung stehen bleiben. — Es ist wohl bekannt, daß die Fichte in dieser Gelegenheit die volle Unterstützung der Herr. Regierung besitzt. Da, Frankreich ist darin so entschieden, daß es vernünftlich kann zurechnen würde, lieber zu den äußersten Maßregeln zu greifen als zuzuschauen, wie ein neuer, ihm natürlich einseitiger und von seinem gefährlichen Nachbar abhängiger Staat auf solche Art sein Gebiet überfällt und sich der Donau, seiner Hauptdrohung, bemächtigt. Die Anstalten der Partei und Frankreichs sind, offen gestanden, auch unsere Anstalten, und wir denken, daß England, welches seinen andern Wunsch hat als den europäischen Frieden sicher zu stellen, mit gutem Recht zu Gunsten der zwei Mächte stimmen darf, die in den Fürstenthümern am tiefsten interessiert sind und die Folgen irgend eines Angriffs oder einer Intelligenz-uerst verhängen würden. — Nachdem sie dann die Fische in den Fürstenthümern des Reichens dargelegt und, nachherdem ihre Ansicht ausgesprochen“ hat, daß die Wahlen-Baldschiffen weder vermöge ihrer geschäftlichen Einrichtungen und Gitten, noch vermöge ihrer Bildung befähigt sind einen unabhängigen verfassungsmäßigen Staat zu bilden,“ schließt die „Times“ ihre Erörterung wie folgt: — Wir gingen von der Annahme aus, daß die Union der Fürstenthümer unter einer Linie, Dynastie einer Trennung von der Partei gleich käme; und in der That, sie anders anzusehen erfordert den höchsten Grad der Leichtgläubigkeit. Kann man sich einbilden, daß wenn das unmaßliche Königreich das heißt mit einem König, einer Königin und einem Hof, Besuche von St. Petersburg empfangen und emporen — wenn die ottomanischen Truppen zurückgezogen sind und selbst die Donauänderungen von räumlichen Reichthümern der Fichte dann bewacht werden — daß die Oberherrlichkeit der Fichte dann mehr als ein bloßer Name sein wird? Wird nicht jedes Jahr irgend ein neuer Ansporn sein Doppeln erheben, bis die Fichte endlich den letzten Fischen ihrer Kaiserthum verlieren und die Integrität des ottomanischen Reiches zu kritisieren anfangen? Wäre nicht ein solches Ende als unserer Wünsche? In das für Bedenken das türkische Reich auch leben würde, unsere Staatsverträge haben längst entschieden, daß es nicht wieder reformirt werden soll, daß man es in Evidenz schalt. Wir haben die Autorität des Sultan in Ägypten und Libyen, in Montenegro und Armenien geteilt, und die Fortschritt dieser Politik treten jetzt in Tage. Die Fichte und das Wiener Kabinett sehen diese Dinge im Lichte langwieriger Erfahrung. Die Unterthänigkeit Englands gehört ihnen wohl, und in diesem Falle zweifeln wir nicht, daß die andern Mächte in ihrer Wohlthat und Gutmüthigkeit nachgehen werden. — Daily News behält dagegen noch immer an Bann der Union fest und meint:

Deutschland. Die letzte dänische Circularnote, welche in Beziehung auf eine Veränderung der Gesamtstaatsverfassung lediglich auf das Wohlwollen des Reichsraths verweist, das bekanntlich unsere Regierung bestimmt, endlich auf einen weiteren Schrittwechsel mit dem kopenhagener Kabinett zu verzichten und die schon seit längerer Zeit festgestellten Anträge, die noch bei der letzten Anwesenheit des Herrn v. Bidmar-Schubert in Berlin Gegenstand der Erwägung waren, unverzüglich der Bundesversammlung vorzulegen. Nach Wien ist von hier davon direkte Mitteilung gemacht und die österreichische Regierung aufgefordert worden, jene Anträge mit Preußen gemeinschaftlich einzubringen; übrigens würde letzteres damit vergeblich, auch wenn man in Wien sich diesen Schritte nicht anschließen wollte. Gleichzeitig mit der Circulation an den preussischen Bundesstaatsgeboten ist ferner eine Circulardepesche an sämtliche deutsche Regierungen ergangen, welche den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit erörtert, und zu einem einmüthigen Zusammenwirken bei der in Frankfurt bevorstehenden Verhandlung auffordert.

Frankfurt a. M., 26. Oktober. In den so eben beendeten Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung hat die demokratische Partei die überwiegende Majorität erlangt.

Danzig, 27. Oktober. Zur genaueren Feststellung der Richtigkeit über die erfolgte Einführung der Wichtigkeitsbeschwerte in dem Turneprozeß kann aus guter Quelle nachgetragen werden, daß die Staatsbehörde gleich nach Erlaß des Urtheils die Richtigkeit angezweifelt hatte, die wirkliche Einführung der Beschwerte aber innerhalb der gesetzlich und seit einigen Tagen bereits abgelaufenen Frist unterließen ist. Ob die Staatsanwaltschaft sich gegen diesen Verstoß an verantwortlichen lassen wird, muß sich in nächster Zeit schon offenbaren; insofern dürfte dies unbedenklich nicht wahrscheinlich erscheinen. (Fr. J.)

Oesterreichischer Kaiserstaat.

Wien, 26. Oktober. Die heute über Triest bekannt gewordene Nachricht von dem Falle Delhi's hat die freudigste Sensation erregt. Nicht bloß um der ansehensvollen Befreiung der Völkerverhältnisse willen, sondern wesentlich auch darum, weil die immer lebhafter hervortretende Erkenntnis der wichtigsten Solidarität englischer und österreichischer Völkerverhältnisse die günstigste Meinung für England herbeiführt hat, sieht man sich auch bezüglich der Lösung mancher europäischer Schwierigkeiten geborgen. Abgesehen jedoch von jeder politischen Nebenabsicht muß man im Interesse der Civilisation, deren Name in diesem Falle nicht eitel genannt wird, nur wünschen, daß die Macht, welche den Grundstein in den Weltkugeln angelegt, sich gefestigt habe im Ganzen doch unendlich mehr Gutes als Schlimmes gewirkt hat, wieder ihren vollen Einfluß zu erlangen auf dem Wege ist. — Unsere Blätter machen sich einigmaßen mit einem angeblich mehrheitlichen Wunde „Mißbilligung auf die jüngste Entschuldigungsperiode in Ungarn“ zu schaffen. Die „Nöthenische Post“ irrt nicht, als sie behauptete, es sei als Mannskript gebracht worden. Ein hochgeachteter Beamter im Ministerium des Innern ist der Verfasser. Vor der Hand noch Newoirc, ist es gleichwohl bestimmt später allmählich in die Publicität überzugehen. Es enthält eine Zusammenstellung authentischer Daten, geistvolle Aperçus und sucht zu beweisen, daß die Regierung in Ungarn: in der That zahlreiche materielle Verbesserungen eingeführt hat.

Wien, 27. Oktober. Der Fall Delhi's benützt die indische Prenter; mit diesen Worten begrüßt die „Oesterreichische Zeitung“ die telegraphische Nachricht von diesem Ereigniß, und die anderen hiesigen Blätter folgen derselben Auffassung. Die „Nöth. Post“ nennt die Eroberung Delhi's die glücklichste Nachricht, die seit dem Ende des russischen Krieges vernommen worden sei. — Oesterreich hat, wie bekannt, dessen Besizertrag mit Frankreich abgeschlossen, dessen Ratifikation, beläufig bemerkt, noch nicht erfolgt ist und Preußen steht, wie ebenfalls bekannt, wegen eines solchen Vertrages noch mit Frankreich in Unterhandlung. Es scheint sich fast von selbst zu verstehen, daß beide Verträge im Wesentlichen dasselbe enthalten werden, und daß etwa nur einzelne geringfügige lokale Details verschieden ausfallen. In beiden Verträgen wird der Zutritt den andern Staaten des deutschen Böhmerlandes offen gehalten, so daß sich hieraus jedenfalls ein sehr eigenthümliches, den Interessen des Vereins wenig förderliches Verhältnis entwickeln wird. — Das neue Gemeindegeseß liegt, nachdem der frühere Entwurf mehrfach revidirt worden, dem Berechnen nach, allerdings oberhalb vom Ministerium des Innern ausgearbeitet fertig vor, aber es sind noch manche Stellen durchzumachen, bevor dasselbe, auch wenn nicht eine nochmalige Revision angeordnet werden sollte, publizirt werden kann. Außerdem aber ist es mehr als wahrscheinlich, daß man das Gemeindegeseß nicht eher publizirt wird, als bis die ganze Reihe der auf's Engste damit zusammenhängenden Fragen gelöst sein wird, also bis einerseits die Angelegenheit der Landesstatute und andererseits des Primatbereichs, der Verhältnisse der Juden u. geordnet ist. — Dem „Wanderer“ schreibt man aus Oesterreich über die Klerikalförderung: „Seitdem bekannt ist, worden hienieden die Orden der Cistercienser, Karmeliten und Kapuziner bereits der Reform unterzogen. Strengere Beobachtung der Ordensregeln, Einführung der jährlichen Exerziten, tägliches Gebet u. u. war das Hauptziel, worauf man loskletterte; wer sich nicht fügen